



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### **Ausschreitungen in Stuttgart: Wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die tätlichen Angriffe auf Polizeibeamte, die sich in der Nacht zum vergangenen Sonntag in Stuttgart ereignet haben, scharf. Randalen und Ausschreitungen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

Der Landtag hat vollstes Vertrauen, dass die verübten Straftaten von der unabhängigen Justiz schnell aufgeklärt und geahndet werden. Pauschale Verurteilungen oder Diffamierungen ganzer Bevölkerungsgruppen verbieten sich.

Die rund 300 000 Menschen, die bundesweit bei der Polizei beschäftigt sind, verdienen Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Der Landtag steht geschlossen hinter den bayerischen Sicherheitskräften, die im Interesse unseres freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eintreten. Unsere Polizei steht in der Mitte der Gesellschaft, ist unparteiisch und weltoffen.

Der Landtag stellt gleichzeitig fest, dass in der Bayerischen Polizei kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus ist. Jeglichen rassistischen oder rechtsextremen Tendenzen ist präventiv und repressiv zu begegnen.

### **Begründung:**

Bei Straßenschlachten mit der Polizei haben in der Nacht zum Sonntag dutzende gewalttätige Gruppen Teile der Stuttgarter Innenstadt verwüstet und mehrere Beamte verletzt. Auf der als Shoppingmeile bekannten Königstraße und in weiteren Einkaufsstraßen wurden Schaufenster eingeschlagen und Läden geplündert. Die Einsatzkräfte wurden mit Flaschen und Steinen beworfen. Einsatzkräfte nannten die Lage zwischenzeitlich „völlig außer Kontrolle“. Von 26 Tatverdächtigen sitzen inzwischen acht in Untersuchungshaft.

Solche Gewaltexzesse sind völlig inakzeptabel und müssen mit der nötigen Härte des Rechtsstaates geahndet werden. Es verbietet sich jedoch, diese Taten für populistische Schnellschüsse oder die Diffamierung ganzer Bevölkerungsteile zu nutzen.